

Die **MIETERPARTEI** versteht sich daher ganz bewusst als Grundrechtspartei. Die bestehenden "etablierten" Parteien werden sich ohne einen schmerzenden Stachel in ihrem trägen Sitzfleisch aus eigenem Antrieb keinen einzigen Millimeter in der Wohnungspolitik hin zu einer echten sozialen, solidarischen, emanzipatorischen, freiheitlichen, bürgerrechtlichen, grundrechtsbewussten Wohnungspolitik bewegen. Weil sich aber ohne diesen schmerzenden Stachel nichts bewegen wird, braucht es in Deutschland eine **MIETERPARTEI**, die diesen Namen auch tatsächlich verdient, weil sie sich dadurch auszeichnet, dass sie die tatsächlichen Interessen von Mieterinnen und Mietern an die erste Stelle ihrer politischen Agenda rückt.

Für jede Anregung und Unterstützung sind wir dankbar

Jeden zweiten Donnerstag im Monat findet unser offenes Treffen ab 19 Uhr in der Begegnungsstätte im Kiez (Jahresringe e.V.), Stralsunder Straße 6, 13355 Berlin-Mitte, statt.



**MIETERPARTEI**  
Postfach 75 02 34  
13132 Berlin

[www.mieterpartei.jetzt](http://www.mieterpartei.jetzt)  
[kontakt@mieterpartei.jetzt](mailto:kontakt@mieterpartei.jetzt)  
Telefon: 0176 – 67 85 06 77

(V.i.S.d.P.: Hartmut Bräunlich, Swinemünder Straße 50, 13555 Berlin)

**MIETER  
PARTEI**

**MIETER\*INNEN  
MISCHEN SICH EIN!**

**Ein Zuhause  
ist viel mehr ...**

**DENN DIE ETABLIERTE  
POLITIK BRAUCHT DRINGEND  
EIN KORREKTIV!**



## **Weiterhin müssen MieterInnen Ihre Wohnungen, Ihre Kieze und Ihre Nachbarschaften mit den individuellen gewachsenen Strukturen verlassen.**

Im 1. Quartal des Jahres 2019 lagen die Angebotsmieten für Wohnungen\* in der Bundeshauptstadt bei durchschnittlich etwa 9,57 Euro pro Quadratmeter und Monat

Im 1. Quartal des Jahres 2019 zahlte man beim Kauf einer Eigentumswohnung in Berlin im Durchschnitt etwa 3.997 Euro pro Quadratmeter – rund 12 Prozent mehr als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres.

Jedes Jahr werden in der Stadt rund 5.000 Wohnungen zwangsgeräumt, weil die Bewohner die Miete nicht bezahlen konnten.

Der Anteil armutsgefährdeter Rentner (15,9 Prozent) stieg innerhalb von zehn Jahren um 49 Prozent

mindestens 50.000 wohnungslose Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte in zwangsgemeinschaftlichen Massenunterkünften untergebracht

Der Mietspiegel und der Mietendeckel gilt noch immer nicht für geförderten Wohnraum



Berlin hat seit den 1950er Jahren rund die Hälfte seiner Kleingartenflächen verloren

Zur Gefährdung der biologischen Vielfalt in Berlin tragen insbesondere stadttypische Ursachen bei, etwa Überbauung oder Versiegelung von Böden, Grundwasserabsenkung, Zerschneidung von Lebensräumen, Erholungsdruck, Stadtbeleuchtung oder die Sanierung von Bauwerken.

Die Zahlen der Eigenbedarfskündigungen und sogenannte Schattenmieten steigen.

**Artikel 28 Absatz 1 der Berliner Landesverfassung sofort umsetzen**

**Bestandes der städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder in die Gemeinnützigkeit überführen**

**Leerstand auf Nutzen kontrollieren oder Zwangsverwaltung anwenden**

**Selbstverwaltete Wohn- und Seniorenprojekte, Freiräume und Jugendzentren erhalten und fördern**

**Öffentliche Betriebe raus aus der Rendite-Jagd (Privatisierung von Schulen sowie des S-Bahnnetzes verbieten)**

**Eigenbedarfskündigungen sowie Zwangsräumungen verbieten**

**Mietendeckel und Spiegel auch für geförderten Wohnraum (Sozialwohnungen)**

**Kleingärten erhalten und fördern**

**Infrastruktur stärken**

**Fraktionszwang beenden**

**Bürgerbeteiligungen und Volksentscheide stärken**